

Verbotener Genmais auf deutschen Feldern gesät

Trotz des Anbauverbots ist in sieben Bundesländern mit Genmais vermishtes Saatgut gepflanzt worden. Greenpeace spricht vom "bisher größten Skandal" dieser Art in Deutschland.

© Patrick Pleul/dpa



Der in Deutschland umstrittene Genmais wurde in sieben Bundesländern gesät – ob absichtlich oder versehentlich, ist noch nicht bekannt

Zeit.Online, 6.06.2010 – Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium bestätigte Recherchen der Umweltschutzorganisation Greenpeace, nach der in sieben Bundesländern genmanipulierter Mais ausgesät wurde. Betroffen sind laut niedersächsischem Umweltministerium Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. "Es handelt sich hier um den bisher größten Gentechnik-Saatgut-Skandal in Deutschland", sagte Greenpeace-Landwirtschaftsexperte Alexander Hissting.

Im April 2009 hatte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) den [Anbau der genmanipulierten Maissorte MON 810 verboten](#). Diese war bis zu diesem Zeitpunkt die einzige genmanipulierte Pflanze, die in Europa zum Anbau zugelassen ist.

Mehr zum Thema

- [Gentechnik Die Revolution muss grün werden](#)
- [Genmanipulierter Mais Unkalkulierbares Risiko](#)
- [Grüne Gentechnik Anbau von Genmais vorerst gestoppt](#)

Greenpeace hatte zunächst nur von fünf Bundesländern berichtet. Das Umweltministerium gab an, die Daten am Freitag an die anderen Länder weitergeben zu haben. Die

jeweiligen Behörden müssen nun ihrerseits die örtlichen Händler und deren Abnehmer, also die Landwirte, informieren.

Das Saatgut stammt von einer Firma aus Buxtehude. Das Landwirtschaftsministerium habe bereits Anfang März von der Verunreinigung erfahren, hieß es bei Greenpeace. Die Ergebnisse seien aber erst Ende April an das Umweltministerium weitergegeben worden, das für die Information der Landwirte zuständig ist.

Die Bundesländer hatten sich darauf geeinigt, bis Ende März alle Daten zu melden, um eine Aussaat von mit Genmais-Sorten vermischem Saatgut zu verhindern. Diese Frist wurde von Niedersachsen nicht eingehalten. "Entweder wurde hier bewusst geschlampt oder aus politischer Überzeugung bewusst in Kauf genommen, dass mit der Aussaat von Gen-Mais Fakten geschaffen werden", kritisierte Hissting.

Es handele sich um freiwillige Kontrollen, sagte der Sprecher des niedersächsischen Landwirtschaftsministeriums, Gert Hahne: "Nicht wir sind für die Saatgut-Kontrollen zuständig, sondern die Hersteller." Die Verzögerung habe lediglich zwei bis drei Wochen betragen und sei keinesfalls absichtlich geschehen.

Eine weitere Verzögerung von einem Monat kam laut Umweltministerium dadurch zustande, dass der Hersteller sich zunächst weigerte, seine Kundendaten herauszugeben. Erst am Freitag teilte die Firma mit, an welche Händler das verunreinigte Saatgut geliefert wurde. Zuvor hatte das Verwaltungsgericht Stade entschieden, dass der Hersteller dazu verpflichtet ist.

Der betroffene Mais wurde nach Greenpeace-Recherchen auf einer Fläche von 300 Hektar ausgesät. Der Genmais-Anteil betrage bis zu 0,1 Prozent. Dies bedeute, dass auf einem Hektar etwa 100 gentechnisch veränderte Pflanzen wachsen.

Der bereits gepflanzte Mais muss nun vernichtet werden. Selbst wenn er weiter angebaut und geerntet worden wäre, wäre dies laut Hahne unbedenklich gewesen: "Eine Gefährdung der Verbraucher steht nicht zur Diskussion." In den USA etwa werde die Genmais-Sorte angebaut und es gebe keine Studien, die Gesundheitsgefahren belegten. Das sieht Hissting anders: Tierversuche hätten eine signifikante Veränderung der Blutwerte von Leber und Niere gezeigt.

Als Genmais wird Mais bezeichnet, dessen Erbgut im Labor verändert wurde. Dabei werden etwa bestimmte Gene aus anderen Organismen eingeschleust, die zum Beispiel die Abwehr von Schädlingen erleichtern sollen.